

Der KÄMPFER

SOZIALISTISCHE

ORGAN DES BUNDES SOZIALISTISCHER FREIHEITSKÄMPFER UND OPFER DES FASCHISMUS



Nr. 1

MAI 1949

50 Groschen

1934 — 1945

Keine Partei in Österreich zählt so viele Freiheitskämpfer in ihren Reihen wie die sozialistische. Gewaltig groß ist die Zahl der Frauen und Männer, die in der Zeit zwischen 1934 und 1938 für ihre Gesinnung in den Gefängnissen und Anhaltelagern des austrofaschistischen Regimes schmachteten. Aber unendlich größer waren unsere Opfer in den Jahren 1938 bis 1945, den sieben Jahren des Nationalsozialismus.

Wo ist die andere Partei in Österreich, die auf soviel Idealismus und Opfermut zurückblicken kann wie unsere Partei? Ist es nicht kennzeichnend für die Zusammensetzung unserer Partei, daß beispielsweise unter den 380 Delegierten des Parteitages vom Jahre 1946 nicht weniger als 244 Genossinnen und Genossen mit mehr als 3178 Monaten Freiheitsentzug bestraft gewesen sind? Die sozialistischen Kämpfer für Freiheit und Recht sind in den ersten zwei Jahren der Republik mit Leidensgefährten anderer Überzeugung in einer Organisation gestanden. Aber durch die bekannten Quertreibereien ist uns das Beisammenbleiben in dem ehemaligen „Bund der politisch Verfolgten“ schließlich verleidet und dann unmöglich gemacht worden.

Darum haben sich die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus nunmehr in einer einheitlichen großen sozialistischen Organisation zusammengefunden. „Der sozialistische Kämpfer“ wird das Sprachrohr dieser gewichtigen Organisation sein, des „Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“. Er wird immer, wo es notwendig ist, die Stimme jener Frauen und Männer sein, die sich im Kampf um die Freiheit Österreichs besonders verdient gemacht haben, er wird und er soll für Recht, Gerechtigkeit und wahre Demokratie eintreten. „Der sozialistische Kämpfer“ wird aber auch die berechtigten wirtschaftlichen Forderungen der Opfer des Faschismus vertreten.

Daß dem „Sozialistischen Kämpfer“ bei der Erfüllung seiner Aufgaben der größte Erfolg beschieden sei, ist unser aller Wunsch.

J. Härtel

Warum Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus?

Als nach dem 12. Februar 1934, nach Auflösung der Sozialdemokratischen Partei, ihrer Nebenorganisationen und der Freien Gewerkschaften die illegale Organisation der Revolutionären Sozialisten gegründet wurde, kam es — bedingt durch das gemeinsame Ziel, den grünen Faschismus zu zerschlagen — zwischen uns und der illegalen Organisation der Kommunisten zeitweise zu Vereinbarungen; jedoch blieb jede Organisation unabhängig und selbständig.

Erst in der Zeit des Nazifaschismus, als unsere ehemaligen Gegner, die Christlich-sozialen, ebenfalls in die Illegalität gedrängt wurden, erst dann waren Bestrebungen im Gange, unbekümmert um die Weltanschauung alle antifaschistischen Kräfte zu einer Front gegen den Nationalsozialismus zusammenzufassen. So entstand die Widerstandsbewegung, in deren Reihen Kommunisten neben Monarchisten, Sozialisten und Bürgerliche den unterirdischen Kampf führten. Die Brutalität und Totalität des bestehenden Regimes hatte alle politischen Gegensätze zurückgedrängt in dem einzigen Bestreben, den braunen Faschismus zu zerschlagen. In den Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern des Dritten Reiches fand diese Einstellung verstärkt ihre Fortsetzung.

In den Lagern kam kein weltanschaulicher Gegensatz zum Durchbruch. Es gab nur zwei Fronten innerhalb der Häftlinge: die einen, die bedingungslos bereit waren, sich gegen die SS zu stellen, und die anderen, die niedrig genug waren, um sich mit der SS gegen die eigenen Schicksalsgefährten zu vereinen. Gewiß, wir diskutierten und stritten uns um dieses oder jenes, aber grundsätzlich waren wir eine nicht zu erschütternde Gemeinschaft. Nonnen und Priester standen hier neben den Sozialisten und Kommunisten, die Monarchisten gesellten sich zu uns, jeder Gegensatz der Rassen und Nationen war aufgehoben, es gab nur ein einziges Gebot, den Zusammenschluß aller „Politischen“ gegen ihre Peiniger und Unterdrücker. Es gab nur gemeinsame Interessen, gemeinsam ersehnten wir die Stunden der Befreiung und gemeinsam sprachen wir von der Zukunft, die wir neu gestalten wollten. Welche Prognosen hatten wir doch innerhalb der Kerkermauern und des Stacheldrahtes gestellt? Sie waren alle falsch, denn wir vergaßen, daß die politischen Gegensätze natürlich wieder zutage treten mußten, nachdem das System der Gewalt gefallen war.

Als die Befreiung kam, gingen wir heim mit dem Glauben und mit der Hoffnung, daß nun die Zeit der Gewalt vorbei sei und der Vergangenheit angehöre, gingen wir heim mit dem Bestreben und dem heiligen Ernst, eine neue Welt auf den Trümmern der alten aufzu-

bauen. Gingen wir heim mit dem heiligen Gelöbnis im Herzen, das Andenken unserer toten Kameraden dadurch zu ehren, daß wir diese neue Welt nach den Grundsätzen der Menschlichkeit und Gerechtigkeit erbauen werden.

Nach unserer Heimkehr schreckten uns nicht der Hunger, nicht die Sorgen des Alltags; in uns war so viel Bereitschaft, so viel Entschlossenheit für die neue kommende Zeit! Und nichts wäre imstande gewesen, unsere Lagergemeinschaft zu spalten, denn zu viel verband uns. Uns band das Grauen, das wir erlebten, uns band aber auch die große und tiefe Kameradschaft, die Solidarität, die geboren wurde aus unserer grenzenlosen Not und die doch so wunderbar war, daß wir selbst heute diese Erinnerungen aus unserem Leben nicht streichen möchten. Wir Sozialisten waren guten Willens, wir waren bereit, unsere Kameradschaft aus dem politischen Streit herauszuhalten. Deshalb erschien es uns selbstverständlich, daß der Verband der ehemals politisch Verfolgten und Häftlinge gegründet wurde. Niemals dachten wir daran, einen eigenen Verband zu schaffen, niemals wollten wir uns von den Schicksalskameraden der KPÖ und ÖVP trennen, wenn innerhalb des Verbandes jede politische Diskussion ausgeschaltet bleibt.

Leider wurden diese Erwartungen nicht erfüllt, denn kaum waren einige Wochen nach unserer Heimkunft verstrichen, da zeigte es sich, daß es unmöglich ist — vielleicht besonders deshalb, weil wir eben politische Menschen sind —, eine Gemeinschaft aufrechtzuerhalten, die frei von Politik ist. In der Zeit, in der wir im Lager, im Zuchthaus oder im illegalen Kampfe gestanden waren, konnten wir nicht voraussehen, daß nach der Befreiung die Gegensätze der Parteien heftiger denn je aufeinanderprallen werden. Wir mußten erkennen, so wenig man neutral sein kann, weil man durch die sogenannte Neutralität das Bestehende bejaht, so wenig ist es im 20. Jahrhundert möglich, mitten im politischen Kampf zu stehen und zu glauben, daß man nach der politischen Tagesarbeit zu einer Zusammenkunft mit den ehemaligen Kameraden, die natürlich auch heute verschiedenen politischen Richtungen angehören, gehen kann, die Türe hinter sich schließt und nun unpolitisch ist. Theoretisch vielleicht möglich, in der Praxis hat sich die Unmöglichkeit erwiesen.

Es ist nicht die Aufgabe dieses Artikels, aufzuzeigen, welche Praktiken im ehemaligen Häftlingsverband aus parteiegoistischen Gründen verfolgt wurden, sondern es soll dargelegt werden, daß die Erfahrungen der vergangenen Jahre uns gezwungen haben, einen eigenen Verband innerhalb unserer Partei zu gründen.

Daher haben wir am 12. März 1949 das Opferfürsorgereferat der Partei und den Freiheitskämpferbund vereinigt und den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus gegründet. Seine Aufgabe ist es, die Rechte der Opfer des Faschismus zu wahren, soweit auf sie das Gesetz für die Opfer des Faschismus Anwendung findet, und zugleich jene illegalen Kämpfer in unserem Bunde zu sammeln, die keine Freiheitsstrafe erlitten haben, aber unentwegt alles für die Idee des Sozialismus aufs Spiel setzten. Die Zahl der Mitglieder unseres Bundes wird beweisen, wie viele Sozialisten und Sozialistinnen für die Freiheit Österreichs gekämpft und gelitten haben.

In unserem Bund sozialistischer Freiheits-

kämpfer und Opfer des Faschismus bekennen wir uns zu dem heldenhaften Widerstand der illegalen Kämpfer; aber es ist heute klar, daß die Welt hinter dem Stacheldraht, die Welt der Illegalität und die Welt nach 1945 verschiedene Begriffe sind, die man nicht vereinigen kann. Die Trennung ist vollzogen, jede Partei hat ihren eigenen Verband, wir Sozialisten und Sozialistinnen werden in unserem Bund der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus mehr als je für die Freiheit, die Demokratie und die Unabhängigkeit Österreichs kämpfen. Wer daher aus der ehemaligen illegalen Bewegung heute in unserer Partei ist, der gehört in den Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus.

Alfred Migsch:



Das Konzentrationslager Mauthausen wurde nach dem Abtransport seiner Insassen zunächst von russischen Truppen benützt. Plünderungen und Demontagen haben es in der Folgezeit vollständig verwüstet. Was nicht niet- und nagelfest und irgendwie verwendungsfähig war, wurde verschleppt.

Am 20. Juni 1947 übergab Generaloberst Kurassow, der Oberbefehlshaber der Sowjettruppen in Österreich, das Lager, das als reichsdeutsches Eigentum galt, in die Obhut der Bundesregierung. In der hierüber aufgesetzten Urkunde wurde Österreich verpflichtet, die Stätte als Denkmal zur Erinnerung an die gefallenen Opfer zu erhalten.

Die Frage, wie aus dem verbliebenen Torso eine würdige Gedenkstätte errichtet werden könne, war nicht leicht zu lösen. Ehemalige Mauthausener Häftlinge, die oberösterreichische Landesregierung und das Bundesdenkmalamt haben sich wiederholt damit beschäftigt. Es wurden mehrere Pläne ausgearbeitet, die mehr oder weniger unbefriedigend waren.

Die als „ideale Lösung“ anerkannte Vorstellung, auf dem Appellplatz ein Riesenmonument zu errichten, das weithin in das Donautal ragt und von einem friedhofmäßig angelegten Hain umgeben werden sollte, erwies sich als undurchführbar; sie hätte die Schleifung der Umfassungsmauern, der Bewachungstürme und der Gebäude vorausgesetzt. Diese Mauerwerke sind aber aus hartem Mauthausener Granit erbaut. Der vom Ministerrat am 15. März 1949 genehmigte Plan, die Kernstücke des Lagers als Erinnerungsstätte wiederherzustellen, entspricht somit den gegebenen Bedingungen.

Das Kernstück des Denkmals soll demnach das Lager I und die ehemaligen Kommandanturgebäude mit dem Garagenhof bilden. Die Umgrenzungsmauern mit den Wachtürmen werden in den alten Zustand versetzt. Die Wäscherei wird zu einem Kapellen- und Weiheraum umgebaut. Im Arrestgebäude werden die Zellen, die Gaskammer, der Genickschußraum und das Krematorium wiederhergestellt. Die Wohnbaracken 1, 6, 5 und 11 entlang des Appellplatzes bleiben bestehen; die Baracke 6 wird mit der ursprünglichen Ausstattung und Einrichtung versehen. Die Aushungerungsbaracke 20 wird in ihrer Absonderung aus dem vorhandenen Material wieder aufgestellt. Die übrigen Baracken des Lagers I werden durch Grünflächen gekennzeichnet. Auf dem Appellplatz wird ein Erinnerungsmal aus Granit errichtet. Bei der Todesstiege, dem Lagereingang, Kugelfang, Friedhof und Russenlager werden Gedenkzeichen aus Stein geschaffen. So wird Mauthausen als öffentliches Denkmal auch späteren Generationen in seinen grausamen und barbarischen Einrichtungen erkennbar bleiben.

Der Beschluß der Regierung fand keineswegs die einhellige Billigung der Öffentlichkeit. Soweit sich hinter solchen Stimmen das böse Gewissen jener verbirgt, die Stützen des nazistischen KZ-Systems waren, können wir über sie hinweggehen. Überall und auch in Mauthausen haben in den letzten Tagen des Dritten Reiches helle Flammen emporgelodert, in denen zehntausende Aktenstücke verbrannt worden sind, um den dokumentarischen Schuld nachweis der vollzogenen Verbrechen zu verwischen. Es ist leicht verständlich, daß diejeni-

gen, die die KZ-Greuel der Nazi nicht wahrhaben wollen, bestrebt sind, Mauthausen dem Erdboden gleichzumachen. Das demokratische Österreich, gleichgültig ob „alt“- oder „jung“-demokratisch, hat keinen Grund, auf solche Stimmen zu hören. Mauthausen soll und muß als Museum des Wesens totalitärer Diktaturen der heutigen und der kommenden Generationen erhalten bleiben.

Soweit aus solchen Stimmen aber die Abneigung gegen die Kommunisten spricht, muß betont werden, daß die Errichtung eines öffentlichen Denkmals in Mauthausen mit den Kommunisten gar nichts zu tun hat. Gewiß ist es richtig, daß die KP alles, was mit dem KZ und dem Opfertod der Freiheitskämpfer zusammenhängt, für ihre Parteizwecke zu mißbrauchen versucht. Dieser Mißbrauch vermag aber über die wirklichen Zusammenhänge nicht hinwegzutäuschen. Wenn wir die KZ-Opfer in ehrenvoller Erinnerung behalten, bekennen wir uns zur Idee der Freiheit, der Menschlichkeit und der Völkerversöhnung. Dieses Bekenntnis richtet sich nicht allein gegen vergangene, sondern auch gegen neu erstandene KZ-Systeme! Man kann für solche Grundsätze nicht kämpfen, wenn man selbst überall dort, wo man die Herrschaft ausübt, ähnliche Einrichtungen wie Mauthausen schafft.

Denken wir daran, daß in Mauthausen mehr als 150.000 Menschen den Tod gefunden haben. Sie kamen aus allen europäischen Ländern. Das österreichische Volk ist verpflichtet,

seinen Angehörigen eine würdige Stätte des Gedenkens zu errichten.

Dieses Ziel erfüllt der von der Regierung gebilligte Plan.

Am 2. Mai in Mauthausen:

Eine Feier des Gedenkens

So wie die Arbeitenden der ganzen Welt am 1. Mai demonstrieren, so wird in diesem Jahre zum ersten Male eine Feier in einem der berühmtesten Konzentrationslager aus der Nazi-Zeit stattfinden, das sich auf dem Boden unserer Republik befindet. Das KZ Mauthausen, diese Stätte des Grauens und unsäglichen Leidens, das zu einer würdigen Weihestätte ausgestaltet worden ist, wird an diesem Tage seiner neuen Bestimmung übergeben: Erinnerung und Mahnung zu sein für uns und alle, die nach uns kommen.

Für die Opfer der Vergangenheit und die wenigen, die dieser Todesstätte entronnen sind, mag es eine bescheidene Genugtuung sein, daß die gesamte Regierung an dieser schlichten und würdigen Feierstunde teilnimmt und so nicht nur die eigene Anteilnahme den Opfern des Faschismus zum Ausdruck bringt, sondern darüber hinaus die Verbundenheit unserer ganzen Republik mit den zehntausenden Opfern aus aller Herren Ländern.

Wir rufen die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus auf, sich an dieser Feierstunde zu beteiligen.

Mißlungene kommunistische Tarnung

In seiner Märznummer erhebt der „Neue Mahnruf“, das Organ des kommunistischen, jedoch als „überparteilich“ getarnten sogenannten Verbandes österreichischer KZler und sonst politisch Verfolgter, ein gewaltiges Wehgeschrei wegen des im Nationalrat im Februar beschlossenen Gesetzes, mit welchem das Vermögen des seinerzeit aufgelösten Bundes der politisch Verfolgten zu gleichen Teilen an die drei politischen Parteien in Österreich für deren Opferverbände aufgeteilt wird: An die Sozialistische Partei für das Opferfürsorgereferat der SPÖ, an die ÖVP für die ÖVP-Kameradschaft der politisch Verfolgten und an die Kommunistische Partei eben für den Bundesverband der österreichischen KZler und sonst politisch Verfolgten.

Warum dieses Wehgeschrei? Weil dadurch der überparteilich getarnte Verband von Gesetzes wegen als der Opferverband der Kommunistischen Partei festgestellt wird.

Für diese vom „Neuen Mahnruf“ vergossenen Tränen (im übrigen haben die Kommunisten vom alten Bund der politisch Verfolgten den Namen „Mahnruf“ und auch das Abzeichen auf echt volksdemokratische Art kurzerhand „entliehen“ — Anmerkung der Redaktion) haben wir volles Verständnis! Muß es doch wirklich weh tun, wenn all die Propaganda von wegen

der Überparteilichkeit sozusagen für die Katz ist und der Verband in der Lichtenfelsgasse gesetzlich als das hingestellt wurde, was er ist und immer war: eine rein kommunistische Organisation.

E. H.

Niemals vergessen

Wir gedenken aller Opfer der faschistischen und nationalsozialistischen Barbarei, aller, die von den blutigen Schergen gepeinigt, gefoltert, erschossen, gehängt, vergast oder auf andere Art grausam ermordet wurden.

Wir gedenken vor allem der unzähligen Opfer aus unseren Reihen, jener unbeugsamen Sozialisten und Sozialistinnen, die ihr Leben für die Freiheit, für Menschenrecht und Menschenwürde und für Österreich gelassen haben. Wir werden ihrer immer gedenken.

Und mahnend wird unser „Niemals vergessen“ immer erklingen, damit unsere Kinder und Kindeskinde in keiner Welt mehr leben, in der die Geschehnisse der Jahre 1934 bis 1945 sich wiederholen könnten.



Julius Deutsch:

ABSCHIED VON Spanien

Im Herbst 1938 war zwischen der republikanischen Regierung Spaniens und den Großmächten ein Übereinkommen abgeschlossen worden, das den Abzug der fremden Soldaten aus Spanien vorsah. Die internationalen Brigaden, die so ruhmreich gefochten hatten, mußten aufgelöst werden.

Es war ein großes Opfer, das die spanischen Republikaner brachten, in der Hoffnung, daß nun auch auf der Gegenseite die ausländischen Soldaten abziehen würden. Unnötig zu sagen, daß sich diese Hoffnung nicht erfüllte. Die

Mannen Hitlers und Mussolinis blieben weiterhin in Spanien und halfen Franco den Sieg über die Republikaner erfechten.

In der zweiten Jännerhälfte des Jahres 1939 war es so weit. Barcelona, der Sitz der spanischen republikanischen Regierung, war gefallen. Noch hielt sich rund um Valencia ein größeres Gebiet gegen den Ansturm der Frankisten, aber das war nur mehr ein Nebenkriegsschauplatz. Auf dem Hauptkriegsschauplatz im Norden der Republik ging es zu Ende.

Die Nachricht vom letzten Widerstand unserer spanischen Genossen erreichte uns Spanienkämpfer bereits in Paris, wohin wir nach unserer Abrüstung gegangen waren. Als wir hörten, daß es schlecht stand, hielt es uns nicht in der französischen Hauptstadt. Wir eilten aufs neue nach Spanien.

So kam es, daß ich mich in den Reihen der republikanischen Nordarmee befand, als diese sich langsam von Figueras gegen die französische Grenze hin zurückzog. Am 1. Februar 1939 erreichte der Hauptteil der Armee Le Perthus den ersten Ort in Frankreich. Ich stand mit einigen spanischen Offizieren am Schlagbaum mit den blau-weiß-roten Farben und sah dem erschütternden Schauspiel des Grenzübertretes der Regimenter und ihrer Entwaffnung durch das französische Militär zu. Mir war hundeelend zumute. Das also war das Ende! Nach zweieinhalb Jahren heldenmütigen Kampfes mußte die tapfere Armee, die ich so heiß

geliebt hatte, und der anzugehören ich überaus stolz gewesen war, ihre Waffen strecken. Von aller Welt verlassen, blieb den spanischen Republikanern kein anderer Ausweg.

Mit den spanischen republikanischen Soldaten flüchteten große Scharen von Zivilisten nach Frankreich. Greise, kampfunfähige Männer, Frauen und Kinder strömten zu Tausenden über die Grenze, das Leben in der Fremde dem Dasein unter dem faschistischen Regime in der Heimat vorziehend. Die Zivilisten mengten sich unter die Soldaten. Schließlich gab es einen unübersehbaren und auch unentwerrbaren Strom von uniformierten und nichtuniformierten Menschen, der regellos dahinfloß. Mit einem Male gab es ein Stocken. Auf der Straße wurde eine geschlossene militärische Abteilung sichtbar, der die Menge achtungsvoll Platz machte. Es waren Soldaten der internationalen Brigade, die, ein trutziges Kampflied singend, heranzugschritten. Sie trugen an ihrer Spitze eine rote Fahne.

Als die Abteilung an der Grenze angelangt war, machte sie noch einmal kehrt, wandte den Blick zum spanischen Lande und grüßte mit erhobener Faust: Salud!

Als ein machtvolles Dröhnen erklang dieser Ruf aus hunderten Kehlen in dem engen Hochtal. Sein Echo vermengte sich mit dem Zuruf von Tausenden.

Dann senkte sich die Fahne; die Menge entblößte das Haupt, die Soldaten der Internationalen Brigade defilierten zum letzten Male vor ihren Kommandanten und trugen dann hochehrhobenen Hauptes ihre Fahne über die Grenze.

Der spanische Bürgerkrieg war zu Ende. Diejenigen, die auf Seiten der Republikaner an ihm teilgenommen hatten — ob Spanier oder Nichtspanier —, erwartete ein bitteres Los. Das wußten sie alle, die damals an der französischen Grenze standen. Aber keiner dachte daran, als die stolz im Winde flatternde rote Fahne an uns vorbeigetragen wurde. Trotz der Bitternis des Augenblickes erhob uns das sichere Bewußtsein: wir sind zwar besiegt — doch nicht geschlagen! Wir ertragen die Niederlage, weil wir wissen, daß der Kampf weitergeht.



Der Aufstand des Ghettos in Warschau

In der Nacht vom 18. zum 19. April 1943 brach in Warschau der Aufstand des Ghettos gegen die nationalsozialistischen Mörder und Unterdrücker aus.

April 1943 — Warschauer Ghetto! Ehrfurchtsvoll blättern wir das Buch der Geschichte um sechs Jahre zurück.

Hinter hohen Mauern, von der Welt und dem übrigen Warschau vollkommen abgeschlossen, leben noch vierzig- bis fünfzigtausend Juden und Jüdinnen, der Rest von fünfhunderttausend Menschen, einer halben Million, welche die Deutschen aus der polnischen Hauptstadt und anderen Städten und Dörfern hier zusammengepfercht hatten, damit sie an Hunger und Seuchen sterben.

Und sie starben zu Tausenden und aber Tausenden täglich, im froststarrenden Winter 1941/42, sie starben im Frühling und Sommer, sie starben in den engen, winkeligen Gassen, in den dumpfen Häusern, in den Werkstätten und Fabriken, wo sie für die deutsche Wehrmacht roboten mußten.

Aber sie starben zu langsam. Da ersann die SS und die Gestapo neue Methoden des Massenmordes. Es begann die Zeit der „Ausiedlungsaktionen“ und der Transporte. Ursprünglich glaubten die unglücklichen Juden wirklich, daß es nur „Umsiedlungen“ seien, doch nach und nach sickerten Gerüchte und Vermutungen durch und dann wurde es zur schrecklichen Gewißheit: die Transporte gehen nach Belzec, Treblinka und Auschwitz.

Da beschließen im März 1943 diese letzten Vierzig- oder Fünfzigtausend, sich nicht weiter widerstandslos in den Tod, in die Gaskammern und Krematorien schicken zu lassen.

Es entsteht eine geheime jüdische Widerstands- und Kampforganisation. In den Werkstätten werden mit primitiven Mitteln Handgranaten erzeugt, durch Kanäle werden von polnischen Widerstandskämpfern Gewehre



und Munition ins Ghetto eingeschmuggelt, es werden Minen gelegt und Gräben ausgehoben.

Und als Anfang April 1943 neue Befehle der SS kommen, weitere Transporte zusammenzustellen, wird Widerstand geleistet. Die deutschen Machthaber sind völlig überrascht. Sie bringen in den Fabriken und in den Straßen des Ghettos Plakate an, welche die Juden, die jüdischen Arbeiter und Arbeiterinnen, beruhigen sollen, es handle sich wirklich nur um eine Umsiedlung, die Arbeiter würden in andere Fabriken außerhalb des Ghettos übergeführt.

Doch die Arbeiter lassen sich nicht länger täuschen und antworten mit einem Gegenplakat.

In der Nacht vom 18. zum 19. April bricht der Kampf, der organisierte Aufstand, aus. Zweitausend schwerbewaffnete SS-Männer, ukrainische und lettische Hilfstruppen, mit Tanks und Artillerie dringen ins Ghetto ein. Es beginnt eine große Straßenschlacht zwischen Milas- und Zamenhofstraße. Die jüdische Kampforganisation stürzt sich gegen die Tanks mit Benzinflaschen, aus den Fenstern werden Granaten geworfen, in den Straßen werden Barrikaden errichtet. Jeder Jude und jede Jüdin kämpft mit allem, was man nur als Waffe verwenden kann. Aber bald gibt es bessere Waffen. Zu Hunderten fallen die SS-Banden und ihre lettischen Helfer. Die Juden setzen sich in den Besitz der deutschen automatischen Waffen. Viele Deutsche flüchten in Häuser und Geschäfte. Auch in der Franziskanerstraße erleiden die angreifenden SS-Truppen eine blutige Niederlage. Aber das deutsche Kommando wirft immer neue Truppen in die Judenstadt. Es wird Nacht — wahrlich, am ersten Tag haben die siegesgewohnten Deutschen keinen Sieg errungen.

Am nächsten Tag, als 300 SS-Männer herankommen, explodiert eine Mine, wobei 100 SS-Männer getötet werden. Die danach eindringenden Deutschen werden mit Granaten und Brandflaschen empfangen. Am zweiten und dritten Kampftag beginnen die Deutschen, das Ghetto systematisch in Brand zu stecken. Sie schießen mit Brandgranaten, bringen Abhorchapparate in Stellung und setzen Spürhunde ein, die nach Verschanzten in Häusern und Ruinen suchen. Die gesamte jüdische Bevölkerung steht im Kampf und jeder verteidigt sich oder greift an, wie er kann. Die heftigsten Kämpfe toben in Nowolipki, in Lezno-Nowolipiec und anderen Vierteln. Die jüdischen Kämpfer gehen oft aus der Defensive in die Offensive über. Die Deutschen bringen Artillerie in Stellung und beschießen das Ghetto. Kampfflugzeuge erscheinen über den Dächern und werfen schwere Bomben. Das Ghetto brennt.

Der Dichter wurde am 23. März 1919 in Graz geboren.
Am 27. Jänner 1943 wurde er von den Nazihenkern in
Berlin hingerichtet.

Vergeßt nie

*Was wäre unser Opfer? Nichts!
Wenn ihr verzweifeltet Gesichts
nach unserm Tod entsagt,
 euch nicht mehr freut des nahen Lichts,
 verfolgt vom Schatten des Verzichts,
 nur den Verlust beklagt,
 der euch bedrückt, Erseht den Sinn
 und dämmert nicht im Schmerz dahin!
 Gerade dann tut not,
 daß Euer Glaube klar erkennt
 die Pflicht! So sind wir nie getrennt!
 Seid würdig dem Gebot!*

R I C H A R D Z A C H



Tagaus, tagein dauert der Kampf. Jedes Haus, jedes Stockwerk, jedes Zimmer muß gestürmt werden. In vielen Häusern erschießen die Kämpfenden, als kein Ausweg mehr vorhanden ist, ihre Frauen und Kinder und fallen selbst im letzten Kampf. Die Zahl der kämpfenden Juden schmilzt immer mehr zusammen. Die Deutschen bekommen fortlaufend Verstärkungen. Ihre Menschenverluste sind groß und sie setzen schwere Fernwaffen ein.

Erst gegen Ende Mai waren die letzten jüdischen Widerstandsnester überwältigt und der Aufstand des Warschauer Ghettos, der sechs Wochen dauerte, war zu Ende.

Die Ghattokämpfer fielen bis auf den letzten Mann, die letzte Frau und das letzte Kind. Vierzig- oder Fünfzigtausend. Nur zwölf Überlebende konnten sich durch Kanäle in die Wälder zu Partisanen retten.

Mit ehernen Lettern haben sich die Warschauer Ghattokämpfer in das Heldenbuch der Geschichte eingeschrieben. Der Kampf, der Ghettoaufstand, war keine Verzweiflungstat, sondern ein organisierter Kampf gegen die blutigste Tyrannei der Geschichte — der heldenmütigste und edelste Kampf für die Freiheit. Noch größer erscheint uns dieser Opferkampf, als es ja von vornherein feststand, daß keine

Aussicht auf Sieg bestand und daß alle Kämpfer dem sicheren und unbittlichen Tod geweiht waren.

Uns Sozialisten erfüllt es mit Stolz, daß der Aufstand des Warschauer Ghettos eine sozialistische Führung hatte, ja — nur durch diese Führung möglich geworden war. Die Leitung der jüdischen Kampforganisation lag zum überwiegenden Teil in den Händen von Mitgliedern des „Bund“, der großartigen Massenorganisation der jüdischen Arbeiter im ehemaligen Polen. Der Hauptorganisator der Bewaffnung und der Vorbereitung zum Widerstand war Ing. Michael Klepfisch, Mitglied des Zentralkomitees des „Bund“. Er fiel im Kampf wie alle seine Ge-



So sieht es heute in der Gegend des ehemaligen „jüdischen Wohnbezirkes“ in Warschau aus.

Abschrift!

Warschau, den 16. Mai 1943

A z.: I ab — St/Gr. — 1607 Tgb. Nr. 652/43 geh.

B e t r.: Ghetto-Großaktion.

An den

§-Obergruppenführer und General d. Polizei Krüger
Höheren §- und Polizeiführer Ost
o. V. i. A.

K r a k a u

Verlauf der Großaktion am 16. 5. 43. Beginn 10 Uhr:

Es wurden 180 Juden, Banditen und Untermenschen vernichtet. Das ehemalige jüdische Wohnviertel Warschaws besteht nicht mehr. Mit der Sprengung der Warschauer Synagoge wurde die Großaktion um 20.15 Uhr beendet.

Die für die errichteten Sperrgebiete weiter zu treffenden Maßnahmen sind dem Kommandeur des Pol.-Batl. III/23 nach eingehender Einweisung übertragen. Gesamtzahl der erfaßten und nachweislich vernichteten Juden beträgt insgesamt 56.065.

Keine eigenen Verluste.

Schlußbericht lege ich am 18. 5. 43 bei der §- und Polizeiführertagung vor.

Der §- und Polizeiführer
im Distrikt Warschau:
gez. Stroop,

§-Brigadeführer
u. Generalmajor d. Polizei

F. d. R.:

(Unterschrift unleserlich)

§-Sturmabführer

Ein erschütterndes Dokument

fährten. Die wiedererstandene polnische Republik hat ihm zwei Jahre nach seinem Tode

die höchste polnische militärische Auszeichnung verliehen, den Orden „Virtuti militari“.

Mit den letzten Ghettokämpfern in Warschau fielen auch die letzten des „Bund“, der stolzen und ruhmreichen Massenpartei des jüdischen Proletariats in Polen. Der jüdisch-sozialistische „Bund“, der Unendliches für die Erweckung der jüdischen Arbeitermassen in Polen, für deren Bildung, Schule und Erziehung getan hat, die zahlenmäßig weitaus stärkste jüdische Partei im ehemaligen Polen, war physisch ausgerottet und hat praktisch zu bestehen aufgehört.

Doch die Opfer der Ghettokämpfer waren nicht umsonst. Die Kunde vom Aufstand drang in die Welt, ließ die zivilisierte Menschheit aufhorchen und rüttelte sie auf. In verstärktem Maße begann der Kampf der freiheitsliebenden Völker gegen die nazistische Unterdrückung, bis die Welt von der Bedrohung durch die Hitler Tyrannie befreit war.

Wie eine Vision steigen vor unserem Auge die letzten brennenden Häuser des Ghettos von Warschau empor und die letzten Verteidiger auf den Dächern. Sie halten in ihren Händen die Fahne des Widerstandes, die jüdische Fahne mit dem Zionstern, eng vermählt mit der roten Fahne, der Fahne der Freiheit und der sozialistischen Internationale, und wir sozialistischen Freiheitskämpfer senken in Ehrfurcht unsere Fahnen vor dem unendlichen Opfer der heroischen Ghettokämpfer in Warschau und schwören, dieses Opfer niemals zu vergessen.

Zwei Ravensbrücker sprechen

Ein Gespräch zwischen den zwei ehemaligen Ravensbrücker Häftlingen Seitz und Jochmann

Als im Sommer 1944 durch das Frauen-Konzentrationslager Ravensbrück die Kunde ging, daß der Bürgermeister des Roten Wien, Genosse Seitz, sich im Bunker des Lagers befinde, ging eine Welle des Entsetzens durch die Reihen aller Häftlinge, ganz gleichgültig, ob es sich um Sozialisten oder Andersdenkende handelte. Das Raunen und Zuflüstern von einem zum anderen — so leidvoll die Tatsache für uns gewesen ist — erfüllte uns doch mit großem Stolz, weil dadurch wieder einmal der Beweis erbracht war, wie weit der Ruhm der Aufbauarbeit im Roten Wien unter Bürgermeister Seitz gedungen war. — Wir veröffentlichen nun ein Interview unserer Genossin Jochmann mit Bürgermeister Seitz.

Jochmann: Wann, Genosse Seitz, wurden Sie verhaftet und was war der Grund Ihrer Verhaftung?

Seitz: Der Oberbürgermeister von Leipzig, Dr. Gerdeler, kam eines Tages als Beauftragter der deutschen Widerstandsbewegung zu mir,

um vorzufühlen, ob ich eventuell bereit wäre, mich nach dem Zusammenbruch des Nazireiches an einer neuen Regierung als Regierungschef zu beteiligen. Nach dem mißglückten Attentat am 20. Juli 1944 führten die Fäden auch zu mir, und das war der Grund meiner Verhaftung.

Jochmann: Wann kamen Sie ins Lager Ravensbrück?

Seitz: Zuerst kam ich auf den Morzinplatz, dann durch verschiedene Gefängnisse Deutschlands, bis ich schließlich nach Moabit in Berlin eingeliefert wurde. — Das Gefängnis befand sich in einem unbeschreiblichen Zustand. Eines Tages versicherte mir der diensthabende Direktor, daß ich nun wegkommen würde, und zwar in eine Anstalt, die geradezu ein Sanatorium sei. Und so kam ich in das Konzentrationslager Ravensbrück.

Jochmann: Und welchen Eindruck, Genosse Seitz, hatten Sie von diesem „Sanatorium“?

Seitz: Es war wahrhaftig kein Sanatorium. Im ersten Moment hatte ich schon das Gefühl,

daß es besser sei als Moabit, da die Zelle, in die ich gebracht wurde, rein war; auch das Essen war gut. Aber mit der Zeit lernte ich dieses „Sanatorium“ in all seiner ganzen Schrecklichkeit kennen.

Jochmann: Das stimmt, aber das Essen, das Sie, Genosse Seitz, dort bekamen, war aus der SS-Küche. Es war nämlich Sitte, daß alle Sonderhäftlinge besonders gepflegt wurden. Zu der Zeit jedoch lebte das übrige Lager zum Großteil nur mehr von einer dünnen Suppe, in der Kartoffelschalen schwammen. Hatten Sie mit den Häftlingen keinerlei Berührung?

Seitz: Keine direkte, aber heute noch höre ich das Schreien jener Frauen, die geprügelt worden sind. Die bloße Erinnerung daran ist furchtbar, und wenn ich ab und zu einmal eine Frau sah, die unvorstellbare Lasten schleppte, dann fragte ich mich, wie Frauen imstande sind, dies alles seelisch und körperlich zu ertragen. — Hörte ich diese Schreie, dann glaubte ich immer aufspringen zu müssen, um den Frauen zu helfen, aber bitter wurde es mir bewußt, daß ich ja selbst ein Gefangener war.

Jochmann: Wußten Sie, Genosse Seitz, daß es eine Vernichtungskammer im Lager gab?

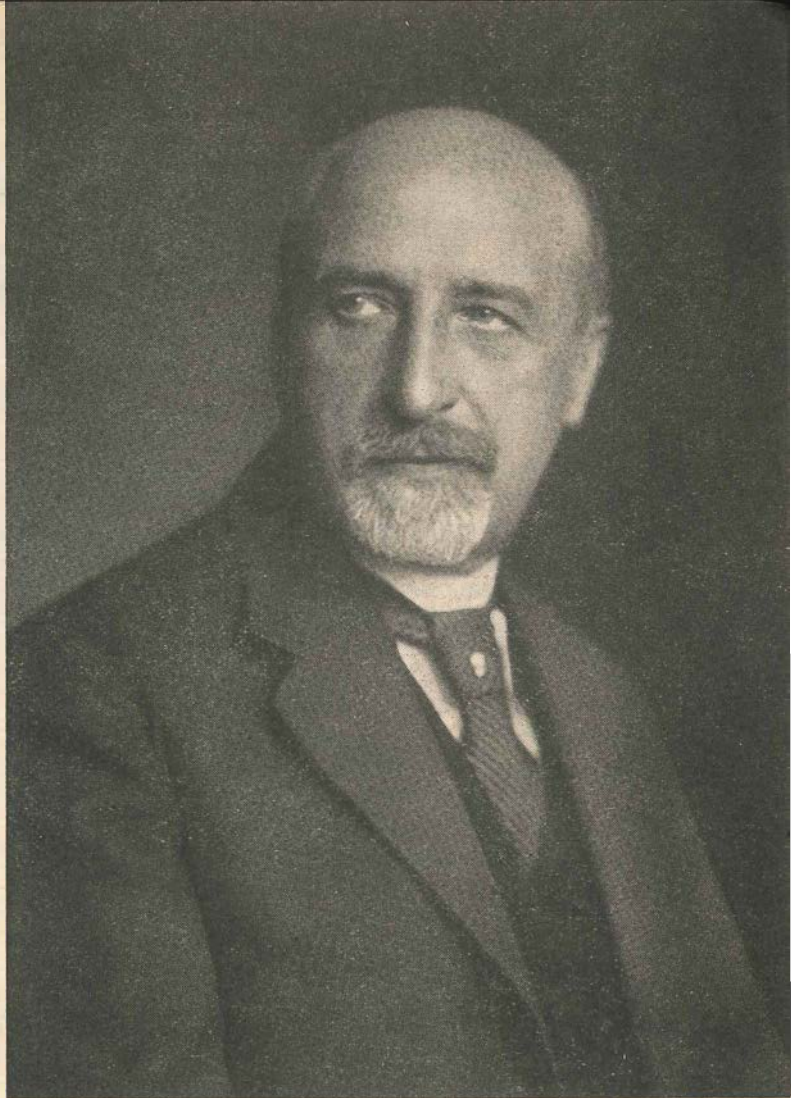
Seitz: Ja, das wußte ich, denn an jedem Abend kamen die schweren Stiefel der SS über die Holzterrasse und den langen Gang hinauf und dann riefen sie eine Nummer nach der anderen; aber nicht der arithmetischen Reihenfolge nach, sondern durcheinander, damit niemand wußte, ob die Gefahr für ihn vorüber wäre oder nicht. — Diese Minuten waren qualvoll. Die Aufgerufenen kamen in die Gaskammer, das war allgemein bekannt.

Jochmann: Dachten Sie daran, daß Sie jemals die Heimat wiedersehen würden?

Seitz: Ich habe trotz all der Dinge keinen Moment daran gezweifelt, denn ich wußte, daß diese Form der brutalen Gewaltpolitik auf die Dauer unhaltbar ist.

Jochmann: Genosse Seitz, aber Ihr Gesundheitszustand hat durch die Haft sehr gelitten, nicht wahr? Ich erinnere mich, daß ich Sie einmal im Jahre 1938 auf dem Ring getroffen habe und Sie noch körperlich vollständig auf der Höhe waren.

Seitz: Das war ich auch bis zum Tage meiner Verhaftung. Ich erinnere mich an eine kleine Episode auf der Straßenbahn. Ich hatte es sehr eilig — es war gerade einen Tag vor meiner Verhaftung — und sprang auf eine Straßenbahn auf. Der Motorführer wies mich zurecht, erkannte mich aber dann, grüßte freundlich und sagte vorwurfsvoll: „Aber, Herr Bürgermeister, die Verordnung, daß man nicht aufspringen darf, stammt doch noch von Ihnen und jetzt wäre bald ein Malheur geschehen.“ Lächelnd antwortete ich, daß es ja zweierlei wäre, ob man eine Verordnung erläßt, oder ob man sich nach ihr richtet. In diesem gesunden Zustand wurde



ich verhaftet; was Sie heute sehen, verdanke ich der Zeit im Lager.

Jochmann: Sind Sie, Genosse Seitz, nicht der Meinung, daß gerade durch das furchtbare Erleben die Erkenntnis gestärkt wurde, daß nur die Demokratie der richtige Weg für die Menschheit ist?

Seitz: Sie haben sehr recht! Durch nichts werden die Menschen besser belehrt als durch solche Erlebnisse. Der Faschismus ist die größte Schande des 20. Jahrhunderts, die Demokratie aber ist die edelste Frucht der Menschheit und nur durch sie werden die Menschen zur höchsten Gesellschaftsform gelangen.

Jochmann: Sind Sie nicht der Meinung, daß sich die Mitläufer der Nationalsozialisten von dieser Ideologie abgewendet hätten, wenn sie die wahren Zustände in den KZ gekannt hätten?

Seitz: Zur Ehre der Menschheit möchte ich sagen, daß ich davon überzeugt bin. — Möge die Menschheit nach diesen schrecklichen Jahren die Erkenntnis gewinnen, daß so etwas nie mehr wiederkommen darf, weil es zu immer wiederkehrenden Revolutionen, Gegenrevolutionen und Kriegen führen würde, bis zur Ausrottung der Menschheit überhaupt. — Möge unsere Jugend imstande sein, den Faschismus für immer zu bannen, um so zur Humanität und ihrer schönsten Blüte, zum Sozialismus, zu kommen.

Die dritte Novelle zum Opferfürsorgegesetz

Im Juli 1947 hat das Parlament ein Opferfürsorgegesetz beschlossen, das, verglichen mit ähnlichen Gesetzen in West und Ost, zweifellos als ausgezeichnet bezeichnet werden muß. Es hat den Opfern des grünen und braunen Faschismus neben zahlreichen Begünstigungen auf den verschiedensten Gebieten wichtige Vorzugsbestimmungen hinsichtlich der Heil- und der Kinderfürsorge, vor allem aber eine ausreichende Rentenvorsorge für körperlich geschädigte Opfer und für Hinterbliebene und für jedes einzelne Opfer die Sicherung eines Existenzminimums gebracht.

Entsprechend dem damaligen Stand der Entwicklung der Opferbewegung und den damals im „Bund der politisch Verfolgten“ herrschenden Bestrebungen wurden in dem Gesetze die Anspruchsberechtigten geschieden in Opfer des Kampfes (aktive Kämpfer) und Hinterbliebene nach solchen auf der einen Seite und Opfer der Verfolgung (passiv Verfolgte) und ihre Hinterbliebenen auf der anderen. Schon bei den Beratungen zeigte sich, daß diese Einteilung gewisse Härten in sich bergen werde. Da aber auf allen Seiten der Wille bestand, an der unterschiedlichen Behandlung der aktiven Kämpfer und der passiven Verfolgten festzuhalten, konnte eine befriedigende Lösung nicht gefunden werden. Man versuchte dann, über die bei der Anwendung des Gesetzes auftretenden Schwierigkeiten hinwegzukommen, indem man in der Durchführungsverordnung Bescheinigungen, insbesondere für die Abstammungsverfolgten zu ließ, die bestätigten, daß der in Betracht kommende Verfolgte sich rückhaltlos zu Österreich bekannt und in der Haft sich so benommen habe, daß er als Opfer des Kampfes betrachtet werden könne.

Ganz abgesehen davon, daß diese Interpretation dem Wortlaut des Gesetzes und der Absicht des Gesetzgebers kaum entsprach, mußte sie in dem Zeitpunkt hinfällig werden, in dem der überparteiliche „Bund der politisch Verfolgten“ als öffentlich-rechtliche mit der Vertretung der Interessen der Opfer des Faschismus betraute Körperschaft zerfiel und aufgelöst werden mußte. Ihm war dieses Bescheinigungsrecht zugestanden worden, weil seine gesetzlich gesicherte Zusammensetzung Gewähr für eine unparteiliche Ausübung dieses Rechtes bot, das den Vorwurf mißbräuchlicher Ausnützung nur allzu leicht entstehen läßt. Nach der Auflösung des Bundes gab es keine Stelle mehr, die diese Bescheinigung unbestritten hätte ausstellen können.

Immer wieder aber meldeten sich neue Anwärter, insbesondere neu zurückgekehrte Emigranten, wie etwa die aus Schanghai kommenden. Diesen die Begünstigungen bei der Neugründung und Sicherung ihrer Existenz zu

verweigern, die man früher gekommenen auf dem Wege über die erwähnte Bescheinigung gewährt hatte, mußte begreiflicherweise als bitteres Unrecht empfunden werden.

In dieser Situation ergriffen die sozialistischen Nationalräte Rosa Jochmann und Karl Mark die Initiative und brachten im Nationalrat den Antrag auf Novellierung des Opferfürsorgegesetzes ein, der auch von Mitgliedern der ÖVP unterzeichnet wurde. Der Antrag kam in den Ausschuß für soziale Verwaltung, der Mark zum Berichterstatter bestellte, und die Vorlage einem Unterausschuß zuwies. Nach langwierigen und eingehenden Beratungen gelang es, eine Formulierung zu finden, der alle Parteien und alle beteiligten Stellen ihre Zustimmung geben konnten. Als es gelang, auch die Zustimmung des Finanzministers zu dieser den Staatshaushalt mit neuen, nicht unbeträchtlichen Ausgaben belastenden Änderung des Gesetzes zu bekommen, stand der Beschlußfassung im Nationalrat nichts mehr im Weg. In der Debatte sprach von sozialistischer Seite außer dem Berichterstatter die Antragstellerin Rosa Jochmann, die wahrhaft zu Herzen dringende Worte für das Martyrium der jüdischen KZler und des jüdischen Volkes überhaupt fand. Auch im Bundesrat erstattete den Bericht der Sozialist Richard Freund. Am 16. März 1949 sind die neuen Bestimmungen in Kraft getreten. An die Stelle der bisherigen Differenzierung tritt ein neues Prinzip: „Gleiches Recht für gleiches Leid.“

Damit ist ein ganz außerordentlicher Fortschritt erzielt worden. Diejenigen Opfer der Verfolgung, die dieselben Haftzeiten nachweisen können, wie sie für die Opfer des Kampfes vorgeschrieben sind, und alle Hinterbliebenen, gleichgültig, ob der Hingemordete, von dem sich ihr Anspruch ableitet, als Kämpfer oder als Verfolgter zu betrachten ist, haben in Zukunft das Recht auf Ausstellung einer Amtsbescheinigung nach § 4, OFG., und damit auf alle Begünstigungen und Fürsorgemaßnahmen, die bisher den Opfern des Kampfes vorbehalten waren. Sie alle, ob sie nun aus nationalen, wie etwa Wiener Tschechen oder Kärntner Slowenen, aus religiösen — denken wir an Geistliche oder Bibelforscher — oder Abstammungsgründen — vor allem Juden und Zigeuner — verfolgt wurden, werden nun gleichgestellt mit denen, die auf Grund ihrer Tätigkeit vor oder anläßlich des Einbruches des Faschismus oder während der Zeit seiner Gewaltherrschaft zu Schaden gekommen sind. Sie alle können nun, insbesondere wenn die sonstigen Voraussetzungen gegeben sind, Renten zugesprochen erhalten und haben die Möglichkeit, sich um Maßnahmen auf dem Gebiete der Heil- und der Kinderfürsorge zu bewerben.

Auf diesen beiden Gebieten bringt die dritte Novelle aber über diese Erweiterung des Personenkreises hinaus noch wesentliche Verbesserungen für alle Inhaber von Amtsbescheinigungen. Die Heilfürsorge umfaßt in Zukunft über die gesetzlichen hinaus auch alle satzungsmäßigen Leistungen der Gebietskrankenkassen, wie überhaupt alle Träger der Krankenversicherung die satzungsmäßigen Höchstleistungen zu gewähren haben. Auch der Wirkungskreis der Kinderfürsorgemaßnahmen wurde ausgedehnt.

Durch eine stilistische Änderung wurde eindeutig klargelegt, daß ein Antragsteller auf Grund nicht getilgter Verurteilungen wegen Verbrechens und Vergehens nur dann zurückgewiesen werden kann, wenn nach der Natur dieser Verbrechen oder Vergehen eine mißbräuchliche Ausnutzung der Begünstigungen erwartet werden kann. Gerade diese Bestimmung wird vor allem bei Amtsstellen auf dem Lande mit aller Energie in Erinnerung gebracht werden müssen, damit es nicht wieder vorkommt, daß etwa die Witwe eines von den Nazi Justifizierten wegen eines Jahrzehnte zurückliegenden Wilddiebstahles des Toten um ihre Rechte gebracht wird.

Schließlich machte die Auflösung des „Bundes der politisch Verfolgten“ die Abänderung der Bestimmungen über die Zusammensetzung der Rentenkommissionen in den Ländern und der Opferfürsorgekommission beim Bundesministerium für soziale Verwaltung nötig. An die Stelle der vier Vertreter des Bundes treten mindestens vier Mitglieder aus dem Kreise der politisch Verfolgten. Jede der drei Parteien (SPÖ, ÖVP, KPÖ) hat das Recht, ein Mitglied und einen Stellvertreter vorzuschlagen, neben denen auch ein Mitglied aus dem Kreise der Abstammungsverfolgten aufzusehen hat.

Es steht zu hoffen, daß die dritte Novelle einen gewissen Abschluß der gesetzgeberischen Aktion auf dem Gebiete der Fürsorge für die Opfer faschistischer Barbarei darstellen kann. Die gesetzlichen Voraussetzungen sind jetzt vorhanden. Sie, weitab von Demagogie, Protektion und Korruption, mit Leben zu erfüllen und in die Tat umzusetzen, wird in Hinkunft eine der Aufgaben unseres „Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ sein. Wir haben den Kampf um die gesetzliche Verankerung der Rechte aller Opfer geführt, wir werden ihre Verwirklichung durchsetzen und sichern.

Die Mitarbeiter

An dieser Nummer des „Sozialistischen Kämpfers“ haben folgende Genossen mitgearbeitet:

*Julius Deutsch, Ernst Hein, Rosa Jochmann,
Wilhelm Krell, Alfred Migsch, Frieda Nödl,
Adolf Schärf, Karl Seitz, Richard Zach*

Hans Lager

Dienstag, den 12. April 1949, starb unser lieber Genosse und KZ-Kamerad in einer Wiener Klinik an den Folgen einer Bauchoperation.

Aus dem Lehrerberuf hervorgegangen, war er lange Jahre Mitglied und Mitarbeiter der Freien Lehrergewerkschaft und zeitweise als Landesschulinspektor tätig. Von frühester Jugend an bekannte er sich zur Arbeiterbewegung und mit 27 Jahren war er schon sozialdemokratischer Vertreter im Gemeinderat von Wolfsberg. Nach dem ersten Weltkrieg wurde er in der ersten Republik als Sozialdemokrat in die Kärntner Landesregierung gewählt, der er von 1919, mit einer vierjährigen Unterbrechung (1927 bis 1931), bis zur Auflösung der Partei im Jahre 1934 angehörte. Zeitweise hatte er das schwere Amt des Finanzwesens zu versehen. Von 1927 bis 1931 war er Mitglied des Nationalrates, in den er 1945 wiedergewählt wurde. Von 1934 bis 1945 wurde er als Sozialist immer wieder von den Machthabern verfolgt, bis ihn die Nazi im Sommer 1944 in das Konzentrationslager Dachau schickten. Seine Erlebnisse im KZ hat Lager in einem Büchlein „Die Wahrheit über Dachau“, das bei unserem Kärntner Landesverband und der Redaktion unseres Blattes bezogen werden kann, geschildert. Wir veröffentlichen einen Absatz daraus in der nächsten Nummer. Nach der Befreiung von Dachau konnte Lager lange Zeit nicht heimkehren, weil der Riese, dessen mächtige Gestalt im Parlament zu den auffallendsten Erscheinungen gehörte, zu einem Skelett zusammengeschrumpft, schwer krank und nicht beförderungsfähig daniederlag. Trotzdem stellte er sich sofort nach seiner Heimkehr aus dem Lager der Kärntner Partei zur Verfügung. Er vergaß aber auch nicht seiner Schicksalskollegen im Lager und betätigte sich im Bund der politisch Verfolgten, dessen allseits verehrter Landesobmann für Kärnten er bis zur Auflösung des Bundes war. Als solcher hat er sich bei zahlreichen Tagungen und in ungezählten einzelnen Interventionen für die Rechte der Opfer eingesetzt. Nach der Schaffung des Opferfürsorgereferates der SPÖ wurde er zum Landesreferenten für Kärnten bestellt und noch vor einem Monat schlugen ihn die Kärntner Genossen bei der Konstituierung unseres Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus als Mitglied des Bundesvorstandes vor, in den er auch gewählt wurde.

Wir werden diesen treuen Freund und lieben Mitarbeiter nicht vergessen und wollen uns an seiner Bahre geloben, auch in Zukunft für Freiheit und Menschenrecht und für den Sozialismus zu kämpfen, getreu seinem Motto: „Jetzt est recht!“

15 JAHRE NACHHER

Die Gründung des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus

Samstag, den 12. Februar 1949, 15 Jahre nach dem heldenhaften Kampf der österreichischen Arbeiter gegen den Austrofaschismus, hatten der Bund sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs und das Opferfürsorgereferat der Sozialistischen Partei Österreichs beschlossen, sich zusammenzuschließen zum „Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ und schon am 12. März konnten sich etwa 100 Delegierte aller Wiener Bezirke und aller Bundesländer zur Gründungskonferenz des Bundes im Döblinger Arbeiterheim versammeln. Viele Mitglieder der Parteivertretung mit dem Ehrenvorsitzenden und dem Obmann der Partei an der Spitze, der Bürgermeister von Wien, sozialistische Minister und Stadträte und die Vertreter befreundeter Organisationen hatten sich eingefunden. Genossin Rosa Jochmann als geschäftsführende Vorsitzende des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und als Opferfürsorgereferentin des Parteivorstandes eröffnete und begrüßte die Versammlung. Dann sprachen Genosse Karl Seitz und Genosse Theodor Körner, Genossin Gabriele Proft und Genosse Dr. Adolf Schärf. Als erster Redner sprach

Genosse Seitz:

Auch ich habe, wie Sie alle, unter dem Regime der Dollfuß und Hitler zu leiden gehabt. Dollfuß hat mich 1934 wegen Hochverrats in Untersuchung gezogen, Hitler hat mich 1944/45 durch die Gestapokerker am Morzinplatz und in Moabit in das KZ Ravensbrück geschleppt. Ich aber habe immer gewußt: Hitler wird uns nicht niederbrechen. Und wir haben es überstanden. Jetzt müssen wir alle mithelfen, daß allen, denen der Faschismus Leid zugefügt hat, daß allen, die heute noch an den Folgen dieser grauenvollen Jahre zu tragen haben, alles an Hilfe geboten wird, was dieses bettelarme Österreich leisten kann. Was den Opfern Hitlers und Dollfuß' angetan wurde, wird in alle Ewigkeit unvergessen bleiben. Wir Sozialisten aber werden alles tun, um uns alle in eine bessere Zukunft zu führen, in ein sozialistisches Österreich. Dann sprach

Genosse Körner:

Nur in Schmerzen wird eine neue Welt geboren, und immer wieder, wenn sie sich nicht mehr auf dem Wege der Vernunft, auf dem Wege friedlicher Überzeugung, auf dem Wege der Demokratie durchsetzen kann, wenn die Kräfte der Vergangenheit der Zukunft den Weg versperren wollen, kommt es zum Zusammenstoß, zur gewaltsamen Auseinandersetzung. Vergessen wir aber nie, wann und wie eine Demokratie verlorengeht. Es ist möglich, daß die Entwicklung nicht immer friedlich und fortschrittlich verläuft. Die Aufgabe sozialistischer Freiheitskämpfer aber ist es, immer zu ver-

stehen, um was es sich handelt und der Zukunft der Arbeiterklasse, dem Sozialismus einen Weg zu ebnen.

Nach Genossen Körner ergriff Genossin Proft das Wort.

Genossin Proft:

Die sozialistischen Frauen haben vor Jahrzehnten den Kampf um die Gleichberechtigung von Mann und Frau aufgenommen. 1918 hat dann die erste Republik uns Frauen diese politische Gleichberechtigung gebracht. 1934 aber kamen die Tage, die Monate, die Jahre, wo die Frauen die Berechtigung ihres Anspruches zu beweisen hatten. Und sie haben sie bewiesen im illegalen Kampf und im Widerstand, in den Gefängnissen und in den Konzentrationslagern, unter dem Fallbeil und in den Gaskammern. Darum verstehen wir die Bestrebungen der Freiheitskämpfer und der Opfer nur zu gut. Wir dürfen aber nicht dabei stehenbleiben, an die Qualen zu denken, die wir ausgestanden haben. Geist und Körper müssen frei werden für den Aufbau der großen Sache, der wir uns verschrieben haben: Für den Aufbau des Sozialismus.

Nun hielt Genosse Schärf die Begrüßungsansprache namens des Parteivorstandes.

Genosse Schärf:

In den ersten Jahren nach dem Ende des Dritten Reiches fanden sich Freiheitskämpfer

Der Bundesvorstand

Unmittelbar nach seiner Konstituierung nahm der Bundesvorstand des „Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus“ in vollem Ausmaß die Arbeit auf. In der ersten Sitzung des Vorstandes konnte die Vorsitzende Genossin Jochmann berichten, daß die Gründung des Bundes in der Öffentlichkeit und vor allem in den Reihen unserer Genossen begrüßt wird.

In einer Reihe von Wiener Betrieben haben Arbeiter und Angestellte, die in der faschistischen Ära nicht parteigebundenen illegalen Gruppen angehört hatten, nunmehr den Wunsch geäußert, unserem Bund beizutreten. Die Sozialisten unter ihnen haben nach 1945 es vielfach abgelehnt, dem ehemaligen „Bund der politisch Verfolgten“ beizutreten, sahen sie doch instinktiv die Entwicklung in dieser 3-Parteien-Vereinigung voraus. Nunmehr treten sie in die Reihen des sozialistischen Freiheitskämpferbundes.

In einer eingehenden Debatte wurde beraten, wie man die Beitrittsgesuche von Freiheitskämpfern und Opfern des Faschismus behandeln soll, die nicht Mitglieder der SPÖ sind

und Opfer des Faschismus aller Parteien in einer Organisation zusammen. Die Kommunisten versuchten bald, diese Organisation ihren besonderen Parteiinteressen dienstbar zu machen. Dies zerbrach die Gemeinsamkeit; Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus schlossen sich dann gemäß ihrer politischen Überzeugung in verschiedenen Bündnissen zusammen. Wir Sozialisten sind über diese Entwicklung froh.

Wir freuen uns, nicht mehr mit ehemaligen Heimwehrfaschisten in einer Organisation zusammenzusitzen, mit Leuten, die im Februar 1934 den Schießbefehl gegen die Sozialdemokraten gaben. Wir Sozialisten haben zwei Zeiten des Freiheitskampfes und der Verfolgung hinter uns: die des österreichischen Faschismus und jene des Nationalsozialismus. Die österreichischen Sozialisten haben freiwillig ihr Leben eingesetzt, als es galt, gegen eine hochverräterische Regierung für die Demokratie zu kämpfen; sie haben zu einer Zeit für Freiheit und Demokratie für alle gekämpft, da die anderen nur an ihre Parteidiktatur dachten.

Wir wollen nicht mit anderen darüber rechten, wer in der Zeit des Nationalsozialismus mehr Opfer brachte. Wir haben jedoch allen Grund, zum Unterschied von den anderen mit Stolz auf unsere gesamte Vergangenheit zurückzublicken.

Wir begrüßen es, daß sich die sozialistischen Freiheitskämpfer in einer besonderen Organisation vereinigen. Was alle wahren Freiheitskämpfer in Österreich eint, die Liebe zum Land und zu unserem Volk, wird sich leichter durchsetzen lassen, wenn die Freiheitskämpfer, getrennt marschierend, demselben Ziel zustreben,

an der Arbeit

(bekanntlich können im Sinne der Statuten nur Mitglieder der SPÖ dem Bund sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus angehören). Es wurde beschlossen, alle solchen Bewerber, wenn sie Träger der Amtsbescheinigung oder des Opferausweises sind und keiner der zwei anderen Parteien oder deren Opferverbänden angehören, in die Betreuung des Bundes aufzunehmen und ihnen Betreuungskarten auszugeben.

In der gleichen Sitzung wurde eine Reihe von Beschlüssen betreffs Organisationsfragen gefaßt.

Nationalrat Genosse Mark berichtete über das 6. Rückstellungsgesetz, welches die Ansprüche geschädigter Dienstnehmer regeln soll und über unsere Forderungen zu diesem Gesetz.

Die folgenden Sitzungen waren vorwiegend dem organisatorischen Aufbau des Bundes gewidmet. Aus den Ländern, insbesondere der Steiermark, laufen überaus erfreuliche Berichte über den Zustrom zum Bund ein. In Wien hat sich der Landesverband bereits konstituiert, ebenso mehrere Bezirksgruppen.

als wenn versucht wird, das Unvereinbare in einer Organisation zu vereinigen.

Möge der Geist echten und wahren Freiheitskampfes in uns stets erhalten bleiben, zusammen mit dem Geist der tätigen Hilfe für die Opfer des Faschismus!

Anschließend wurde der von Genossen Karl Mark als Berichterstatter vorgelegte Statutenentwurf einer eingehenden Beratung unterzogen, an der sich zahlreiche Delegierte und Gäste beteiligten, und mit geringfügigen Abänderungen beschlossen. Dann schritt die Gründungsversammlung zur

Wahl des Bundesvorstandes

und wählte die Genossen Paula Wallisch, Karl Seitz und Julius Deutsch zu Ehrenvorsitzenden und in den Bundesvorstand die Genossen Adelpoller, Fleck, Flußmann, Hein, Heinemann, Rosa Jochmann, Krell, Mark, Rudolphine Muhr, Dr. Schneeweiß, Trimmel, Dr. Wolken, alle Wien; Pfaller, Niederösterreich; Labek, Oberösterreich; Lackner, Steiermark; Lagger, Kärnten; Gerstenbreun, Tirol; Mertl, Vorarlberg. Die Vertreter des Burgenlandes und Salzburgs werden später nominiert. (In der konstituierenden Sitzung des Vorstandes wurde Rosa Jochmann zum ersten Obmann, Mark zum zweiten Obmann, Flußmann zum Kassier und Fleck zum Schriftführer gewählt.

Schließlich wurde einstimmig eine Resolution angenommen, die der freudigen Genugtuung Ausdruck gab, daß sich die sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus am Jahrestag der Unterjochung Österreichs durch den Nationalsozialismus zu einer einheitlichen Organisation zusammenschließen. Die Resolution erklärt weiter, daß die Versammlung mit Befremden zur Kenntnis nimmt, daß gerade dieser Tag (12. März) von Leuten, die sich heute als Demokraten aufspielen, dazu benützt wird, um die Totengräber der Demokratie reinzuwaschen, die von 1934 bis 1938 systematisch alle Widerstandskräfte gegen die Barbarei in Österreich ausgeschaltet und zerstört haben.

Die Sozialisten haben die unwürdige Zumutung der Volkspartei, die Opfer des Faschismus mit kleinen Steuerbegünstigungen abzuspeisen und dafür den belasteten Nationalsozialisten ihr Vermögen zurückzugeben, mit Enttarnung zurückgewiesen. Sie lenken die Aufmerksamkeit der Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus auf die Tatsache, daß die Vertreter kapitalistischer Interessen in der Volkspartei, die bisher vor allem für die Rückstellung an die besitzenden Klassen eingetreten sind, das sechste Rückstellungsgesetz ablehnen, das eine Wiedergutmachung für die geschädigten Dienstnehmer vorsieht.

Die sozialistischen Freiheitskämpfer wenden sich gegen diese kapitalistischen Bestrebungen mit derselben Entschiedenheit, mit der sie den Versuchen der Kommunisten, sich das Monopol der Interessenvertretung der ehemals politisch Verfolgten anzumaßen, entgegentreten.

Die Konferenz schloß nach einem Bekennt-

nis zu den glorreichen Traditionen der alten Sozialdemokratischen Partei und der Revolutionären Sozialisten des illegalen Kampfes und zur Zukunft der Sozialistischen Partei Österreichs mit dem „Lied der Arbeit“ und der „Internationale“.

Am darauffolgenden Sonntag nahmen alle Delegierten und viele Gastvertreter an einem Schulungskurs für das Opferfürsorgegesetz und alle anderen für die Opfer des Faschismus in Betracht kommenden Gesetze teil, bei dem die Genossen Fleck, Flußmann, Dr. Lachs, Mark, Rois

und Skritek Referate erstatteten. Die ausführliche Diskussion über jedes einzelne der von den Referenten behandelten Gebiete dürfte gleich fruchtbar für Lehrer und Schüler gewesen sein. Gleich dem ersten Schulungskurs des Opferfürsorgereferates im Juni 1948 kann man auch diesen Kurs als einen vollen Erfolg bezeichnen, der den Genossen in den Bezirken und Ländern die Arbeit erleichtert, indem er ihnen die Probleme nahebringt und ihnen das Rüstzeug für die Betreuung der Opfer des Faschismus in die Hand gibt.

6. Rückstellungsgesetz?

Gegen Ende der vor kurzem abgeschlossenen Herbstsession des Nationalrates wurde als 6. Rückstellungsgesetz eine Regierungsvorlage über die Geltendmachung entzogener Ansprüche in der Privatwirtschaft aus Dienstverhältnissen vorgelegt. Bei der Durchsicht dieses Entwurfes zeigt sich aber deutlich, daß es sich nicht wie bei den bisherigen Rückstellungsgesetzen darum handelt, einen durch den Faschismus gestörten Rechtszustand wiederherzustellen, sondern darum, einen von Nationalsozialisten oder Austrofaschisten unter Mißachtung gesetzlicher Vorschriften gewaltsam herbeigeführten Abbruch von Dienstverhältnissen in eine gesetzmäßige Lösung von solchen umzudeuten, den Gesetzesbruch also nachträglich zu legalisieren. Ob es sich um Verträge auf bestimmte oder unbestimmte Zeit, um kündbare oder unkündbare Dienstverhältnisse handelt, immer soll angenommen werden, die erzwungene Beendigung sei eine ordnungsgemäße Kündigung gewesen. Diese einseitige Schutzbestimmung zugunsten des Dienstgebers steht aber in diesem Entwurf, der den Dienstnehmern eine gewisse Wiedergutmachung bringen soll, nicht vereinzelt da. Ganz in dieselbe Richtung weist die Bestimmung, daß der Rechtsnachfolger dann nicht haftbar ist, wenn er beweisen kann, daß er von der Schädigung des Dienstnehmers keine Kenntnis hatte, oder die Bestimmung, daß der Dienstnehmer Leistungen, die auf seinen Namen, aber gegen seinen Willen geleistet wurden und ihm gar nicht zugute kamen, nicht in Anspruch nehmen darf. Dem geschädigten Eigentümer von Liegenschaften und anderen Werten gegenüber können aber Leistungen an Dritte (etwa Judenvermögensabgabe oder Reichsfluchtsteuer an den Staat) nicht geltend gemacht werden. Ungünstig für den Dienstnehmer wirkt es sich auch aus, daß Forderungen über 5000 S in Monatsraten von 500 S geleistet werden können und daß alle nach der Befreiung abgeschlossenen Vergleiche ohne Rücksicht auf eine etwaige Übervorteilung gültig sein sollen.

Abgesehen davon, daß die im Gesetzesentwurf behandelte Materie eigentlich nicht als Rückstellung, sondern als Wiedergutmachung behandelt werden müßte, kann man

im Hinblick auf die erwähnten Mängel das Gesetz noch nicht als Rückstellungsgesetz bezeichnen, sondern muß in intensiver parlamentarischer Arbeit erst eines daraus machen. Wir Sozialisten treten selbstverständlich den im Gesetz zum Vorschein kommenden Tendenzen zu Ungunsten der Dienstnehmer auf das schärfste entgegen. Ohne uns mit seinen Bestimmungen zu identifizieren, begrüßen wir es, daß erstmals die Wiedergutmachungsfragen der arbeitenden Bevölkerung zur Diskussion gestellt werden, sind aber der Meinung, daß einschneidende Änderungen vorgenommen werden müssen, um aus der unzureichenden Unterlage etwas Brauchbares zu machen.

Vor allem muß der Wirkungskreis des Gesetzes erweitert werden. Wenn man Beamte, Sozialversicherungsangestellte und Landarbeiter aus technischen oder verfassungsrechtlichen Gründen nicht in das Gesetz einbeziehen kann, dann muß in kürzester Zeit durch entsprechende Gesetze für diese Gruppen vorgesorgt werden. Nicht durch fragwürdige Prozeßführungen werden wir diesen Gruppen zu ihrem Recht verhelfen, sondern dadurch, daß wir klare gesetzliche Regelungen verlangen und durchsetzen. Die Höhe der Ansprüche darf nicht nur nach den gesetzlichen, sondern sie muß, wenn diese günstiger sind, nach vertraglichen Bestimmungen berechnet werden. Wir verstehen, daß mit Rücksicht auf die wirtschaftliche Lage vieler Unternehmungen gewisse Begrenzungen nötig sind, nicht nur hinsichtlich der Höhe des Entgelts, sondern auch der Zeit, für die es beansprucht werden kann. Wir müssen aber daran festhalten, daß es sich in erster Linie um Wiedergutmachung für geschädigte Dienstnehmer und nicht um Fürsorge für notleidende Dienstgeber handelt. Darum müssen auch der Dienstgeber und die Rechtsnachfolger voll zur Leistung verpflichtet werden. Nur wenn er selbst geschädigt ist oder nicht mehr existiert, kann an seine Stelle die Gesamtheit treten, die die Schädigung des Dienstgebers mittelbar oder unmittelbar veranlaßt hat. Das ist in der Zeit von 1938 bis 1945 das Deutsche Reich, das selbst nicht mehr existiert, beziehungsweise an seiner Stelle der nach dem 3. Rückstellungsgesetz zu schaffende Restitutionsfonds. Für die Zeit von 1934 bis 1938 aber, die in dem mit

Das Erholungsheim Grimmenstein

Als im Jahre 1945 die Volkssolidarität daran ging, ein Erholungsheim für ehemalige politische Häftlinge einzurichten, wurde ihr vom Innenministerium die öffentliche Verwaltung der Waldpension Hohegg bei Grimmenstein übertragen. Die Besitzverhältnisse waren damals gänzlich ungeklärt. Zuletzt hatte das Gebäude dem Luftgaukommando gehört, das es von dem nationalsozialistischen Besitzer überlassen bekommen hatte. Dieser wieder hatte es im Jahre 1938 arisiert. Schon 1946 meldete sich der Ariseur, wurde aber von der Volkssolidarität abgewiesen. Mittlerweile hatte die Volkssolidarität das Erholungsheim instand gesetzt und auf Kosten der Volkssolidarität wurden nun ehemalige politische Häftlinge zur Erholung hierher geschickt. Die Erholungsuchenden waren zum überwiegenden Teil Kommunisten, teils auch Volksparteiler; zum geringsten Teil wurde das Heim von unseren Genossen in Anspruch genommen, da diese immer wieder darauf hinwiesen, daß wahrscheinlich noch viel Bedürftigere die Erholung brauchen. Nachdem die Mittel der Volkssolidarität allmählich versiegt, wurde ein Beitrag zum Aufenthalt eingehoben und es gab nur mehr vereinzelt Freiplätze. Schließlich wurden die ganzen Fürsorgeeinrichtungen der Volkssolidarität dem Wohlfahrtsamt der Gemeinde Wien übergeben und damit auch das Erholungsheim Hohegg.

Das Heim kann bei Vollbelag 80 Personen beherbergen. Es wurde errechnet, daß die Regiekosten bei einer Bezahlung von 12 Schilling (vorausgesetzt, daß das Heim voll belegt ist) gedeckt werden können. Die Gemeinde Wien blieb aber bei dem Pensionspreis von 8 Schilling pro Tag und zahlte die restlichen 4 Schilling pro Person darauf. Dennoch war das Heim mit Besserung der Lebensverhältnisse niemals mehr voll belegt. Um nun die Regiekosten nicht allzu hoch steigen zu lassen, beschloß der Beirat des Heimes, der dem Stadtrat beigegeben ist und aus je einem Mitglied der drei Parteien besteht, zu jedem Turnus Heimkehrer, welche keine Nationalsozialisten waren, gegen Bezahlung von 12 Schilling pro Tag ins Heim zu nehmen, falls nicht alle Plätze durch Besitzer der Amtsbescheinigung oder deren Angehörige besetzt sind. Trotzdem gab es in den Wintermonaten manchmal bloß einen Belag von 25 Personen, wodurch natürlich die Spesen pro Person hoch anstiegen.

Da mittlerweile der kommunistische Verwalter durch einen sozialistischen ersetzt wurde,

der sich bemühte, das Heim streng objektiv zu führen, waren unter den Gästen nunmehr zirka 50 Prozent Sozialisten und 50 Prozent Mitglieder anderer Parteien.

Der nationalsozialistische Besitzer hat sich mittlerweile mit dem in Amerika lebenden ursprünglichen jüdischen Besitzer dahin ausgeglichen, daß dieser keine Rückstellungsansprüche stellte. Da ihm aber das Heim dennoch nicht übergeben wurde, verkaufte er es an zwei Bauern. Seit Oktober 1948 ist der Besitz nun auch grundbücherlich an die beiden neuen Besitzer übertragen worden, welche nunmehr an die Gemeinde Wien herantraten, um von ihr einen Pachtzins von 4000 Schilling monatlich zu fordern. Das bedeutet nicht weniger, als daß bei einem Belag von 80 Personen pro Person monatlich 50 Schilling Pacht zu entrichten wären. Dadurch würde sich der Pensionspreis so sehr erhöhen, daß man um den gleichen Betrag bereits in jeder Sommerfrische leben kann und dabei den Vorteil hätte, Frau und Kinder mitnehmen zu können. Dazu kommt noch, daß das Heim stark reparaturbedürftig ist. Die Besitzer sind nicht gewillt, diese Reparaturen machen zu lassen, die Gemeinde Wien aber ist nicht in der Lage, die sehr kostspieligen Reparaturen selbst durchführen zu lassen bei einem Gebäude, das sie bloß pachten kann. Es wurde deshalb in der letzten Sitzung des Volkssolidaritätsbeirates beschlossen, das Heim, das unter diesen Umständen viel zu teuer geworden ist, den Besitzern zur Verfügung zu stellen. Auch die Vertreterin der KP im Beirat war damit einverstanden, was allerdings einige Tage nachher die „Volksstimme“ nicht hinderte, einen Artikel gegen diese unvermeidliche Lösung zu veröffentlichen. Die Fortführung des Heimbetriebes würde bedeuten, daß alle Mittel, welche derzeit für einmalige Aushilfen oder rückzahlbare Vorschüsse an politische Häftlinge gegeben werden, für das Heim aufgebraucht werden müßten, und den beiden derzeitigen Besitzern eine hohe Rente auf Kosten jener brächte, denen mit dem Geld wirklich Hilfe gebracht werden kann. Dazu käme aber außerdem noch ein großer Zuschuß, den das Wohlfahrtsamt der normalen Fürsorge entziehen müßte.

So wird also dieses Heim, das in schwerster Zeit vielen erholungsuchenden ehemaligen Häftlingen zur Verfügung stand, nunmehr seine Pforten schließen.

dem 6. Rückstellungsgesetz gleichzeitig zu handelnden 3. Rückgabegesetz erfaßt wird, muß der österreichische Staat als der eigentliche Urheber der Schädigungen betrachtet werden und eintreten. Daß die Nachzahlung von Rückstellungsbeträgen, die durch die valutarische Entwicklung sowieso stark abgewertet sind, steuerfrei bleiben muß, müßte selbstverständ-

lich sein. Wir wollen den parlamentarischen Verhandlungen im Unterausschuß, im Sozialausschuß und im Nationalrat nicht vorgreifen, sind aber der Meinung, daß gewisse Mindestforderungen erfüllt sein müssen, wenn wir dem Gesetz unsere Zustimmung geben sollen. Wir werden über den Stand der Verhandlungen in der nächsten Nummer berichten.

Gedenkstunde

für akademische Freiheitskämpfer

Im I. chemischen Laboratorium der Universität Wien bestand unter der Leitung des Sozialisten Dr. Hoffmann-Ostenhof jahrelang eine Widerstandsgruppe, die sich neben den Aufgaben, die ihr zugedacht waren, vorgenommen hatte, die unersetzlichen Einrichtungen und Instrumente des Instituts vor der Vernichtung durch den reichsdeutschen Professor Jörn Lange zu bewahren. Der dortigen Widerstandsgruppe, die durch Dr. Erich Rubak (Sozialistische Freiheitskämpfer) Kontakt mit der allumfassenden Widerstandsbewegung 05 bekam, war durch die 05 Hilfe und Verstärkung zugesagt. Bei Durchgabe des Stichwortes „Donau“ durch den NS-Rundfunk wollte Lange mit dem Zerstörungswerk beginnen. Der revolutionäre Sozialist Dr. Kurt Horeischy schritt nun zur Tat, ohne seine Mitkämpfer zu verständigen. In Begleitung seiner Braut, Frl. Inge Dreher, und dem erst kurz von Dr. Hoffmann geworbenen Reichsdeutschen und ehemaligen SA-Anwärter Dr. Hans Vollmar begab er sich in den Dienstraum Langes, um Lange zu verhaften. Lange riß sofort nach dem Eintreten Horeischys und seiner Begleiter seine entscherte Pistole. Kaliber 7,65mm, hoch und schoß Horeischy und Vollmar nieder. Frl. Dreher gelang es zu flüchten, obwohl ihr Lange die restlichen Schüsse des Magazins nachjagte. Lange wurde durch den damaligen Polizeichef des 8. Bezirkes, Fritz Österreicher, verhaftet, und der Roten Armee übergeben, die Lange wiederum der österreichischen Justiz übergab. Lange wurde im September 1945 vom Volksgericht zum Tode verurteilt. Am Tage vor der Hinrichtung gelang es ihm, durch Gift Selbstmord zu verüben.

Aus Anlaß des vierten Todestages der beiden Assistenten des Chemischen Instituts der Wiener Universität, Dr. Kurt Horeischy und Dr. Hans Vollmar, veranstaltete die Gemeinschaft Akademischer Freiheitskämpfer am 5. April 1949 eine schlichte Gedenkkundgebung im Chemischen Institut, an der in Vertretung des Bundes der sozialistischen Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus Genosse Hein und Genosse Flußmann teilnahmen.

Anschließend fand ein Gedenken für den tragisch ums Leben gekommenen Freiheitskämpfer Dr. Walter Barth vor dem Hause Wien I, Bösendorferstraße 4, statt.

Heimkehrer aus Schanghai

Nach einer langen und zum Teil beschwerlichen Reise langten am 12. April am Wiener Aspbangbahnhof 269 ehemalige Emigranten aus Schanghai ein. Sie gehören zu jener kleinen Anzahl unserer jüdischen Mitbürger, denen es 1938/39 buchstäblich in der letzten Minute gelang, sich durch das sogenannte Schanghai-Billet vor dem Würgegriff des Nationalsozialismus zu retten.

Unter den Angekommenen befinden sich viele gute und treue Genossen, auch mehrere

V. b. b.

Wenn verzogen, bitte nachsenden oder zurück

ehemalige KZler aus Dachau und Buchenwald, die sich besonders freuen, an dem Aufbauwerk in Österreich mitwirken zu können.

Die Schanghai-Rückkehrer wurden im Wiedner Krankenhaus, wo ein Großteil von ihnen provisorisch Unterkunft findet, von unserem Bürgermeister, Genossen K ö r n e r, herzlich begrüßt. Vom Vorstand des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus waren die Genossen Nationalrat Mark und Flußmann erschienen. Die „Volkshilfe“ hatte für die Heimkehrer Lebensmittelpakete bereitgestellt.

Gründungsversammlung der Landesorganisation Wien

Am 25. März 1949 versammelten sich die Delegierten der in Wien bestehenden Ortsgruppen des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs und die Opferfürsorgereferenten aller Wiener Bezirksorganisationen der SPÖ zur Gründungsversammlung des Landesverbandes Wien des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Sie faßten den Beschluß, umgehend mit den Vorbereitungen für die Gründungsversammlung in den einzelnen Bezirken zu beginnen. Bei den Vorschlägen für die aus drei bis sieben Mitgliedern bestehenden Bezirksgruppenleitungen ist auf eine entsprechende Vertretung der Funktionäre des Bundes sozialistischer Freiheitskämpfer Österreichs und des Opferfürsorgereferates Rücksicht zu nehmen. Die Versammlungen sollen womöglich bis Ende April durchgeführt sein.

Genosse Fiedler führte Beschwerde über Schwierigkeiten, die den Besitzern von Amtsbescheinigungen und Opferausweisen bei Ansuchen um Gewährung von im Gesetz vorgesehenen Begünstigungen gemacht werden. Genosse Cäsar verlangte die Überprüfung der Vergütung von Tabaktrafiken, Genosse Doktor Wolken wünschte, daß das künftige Organ des Bundes eine kämpferische Haltung einnimmt.

In die Leitung des Landesverbandes wurden die Genossen Bergmann, Blau, Flußmann, Hein Jarosik, Löwy, Mark, Mayer, Frieda Nödl und Berta Smeykal, in die Kontrolle die Genossen Billmayer, Haas, Holoubek, Kubicek und Milota gewählt.

Bei der darauf folgenden Konstituierung des Vorstandes wurden Genosse Mark zum Obmann, Genosse Bergmann zum Stellvertreter, Genossin Smeykal zur Schriftführerin und Genosse Löwy zum Kassier gewählt.

Eigentümer, Herausgeber und Verleger: Bund Sozialistischer Freiheitskämpfer und Opfer des Faschismus. Verantwortlicher Redakteur: August Jarosik. Alle Wien I, Löwelstraße 18, Telefon U 27-570. Druck: Druck- und Verlagsanstalt „Vorwärts“. Wien V, Rechte Wienzeile 97.